

## Neudruck

### Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

#### **Novellierung des Kommunalabgabengesetzes jetzt anpacken**

Am 12. November 2015 gab das Bundesverfassungsgericht zwei Verfassungsbeschwerden Cottbuser „Altanschießer“ statt. Damit steht nun unumkehrbar fest, dass eine rückwirkende Beitragserhebung mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Mittelbar wenden sich die Beschwerden gegen die Formulierungen des § 8 Abs. 7 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Brandenburg.

Eine rückwirkende Beitragserhebung, wie in Brandenburg seit Jahren praktiziert sowie eine Nachberechnung zu Beiträgen ist damit als verfassungswidrig erklärt worden.

Das Land, die Landesregierung, der Landesgesetzgeber hat, so das Bundesverfassungsgericht in der Pressemitteilung des BVerfG vom 17.12.2015, seine eigenen fiskalischen Interessen und Erwägungen (über das Abgabenrecht durchgesetzt), über den grundgesetzlich geschützten Vertrauensschutz der eigenen Bürger gestellt - ein Verfassungsbruch.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes kam keinesfalls überraschend.

Bereits im Jahr 2013 gab es zwei Entscheidungen (Beschluss vom 03. September 2013 - 1 BvR 1282/13 und Urteil vom 17.12.2013 1 BvL 5/08) in denen verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Formulierungen des Brandenburger Kommunalabgabengesetz, insbesondere in § 8 Abs. 7 Satz 2 geäußert worden sind.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte das Kommunalabgabengesetz geändert werden müssen. Statt zu reagieren hat die rot-rote-Landesregierung und Landtagsmehrheit noch eins daraufgesetzt und eine 25jährige Verjährungsfrist erfunden, um trickreich die bis dato stattgefundene Gesetzgebung und daraus resultierenden Beitragserhebungen abzusichern.

Nach Auskunft des Bundesverfassungsgerichts liegen dem Gericht weitere 35 Verfassungsbeschwerden aus Brandenburg, gegen die Regelungen des Kommunalabgabengesetzes, vor. Nunmehr ist die Landesregierung zum Handeln gezwungen. Die Novellierung des Kommunalabgabengesetzes ist unumgänglich.

Das Recht muss endlich vom Kopf auf die Beine gestellt werden. Verfassungsrechtliche Grundsätze, wie Vertrauensschutz, Rückwirkungsverbot, Verhältnismäßigkeit müssen endlich wieder Vorrang vor fiskalischen Erwägungen der Landeskasse haben.

## **Der Landtag möge beschließen:**

### **Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

1. Eine zeitnahe Novellierung des Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg zu veranlassen, und dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen.
2. Die vollständige Umsetzung der Beschlüsse des BVerfG – einhergehend mit der Erstattung der rechtswidrig abverlangten Beiträge zu verankern und damit zu veranlassen.
3. Für die Schaffung von Abgabengerechtigkeit zwischen den jetzt verjährten Beitragstatbeständen und denjenigen die nach 1998 erschlossen worden sind, Sorge zu tragen. Einer neuerlichen Ungleichbehandlung muss per Gesetz begegnet werden.

### **Begründung:**

Am 12. November 2015 fasste das Bundesverfassungsgericht einen Beschluss, zu zwei Verfassungsbeschwerden, bezüglich der Nacherhebung von Anschlussbeiträgen beziehungsweise zur Veranlagung der so genannten „Altanschießer“.

Beiden Verfassungsbeschwerden ist stattgegeben worden.

Das Bundesverfassungsgericht erklärt mit Bezug auf die Regelungen des § 8 Abs. 7 Satz 2 des Brandenburger Kommunalabgabengesetz, eine rückwirkende Beitragserhebung, sowie eine zeitlich unbegrenzte Abgabenerhebung, als verfassungswidrig und verwies die Fälle an das Obergerverwaltungsgericht Berlin/Brandenburg zurück.

In beiden Fällen handelte es sich um Beitragstatbestände, die nach der geltenden Gesetzeslage vor der Änderung des Kommunalabgabengesetzes Brandenburg, im Jahr 2004, verjährt gewesen wären. Das betrifft all jene Fälle, die bis zum Jahr 1998 erschlossen gewesen sind.

Die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes sind auf sehr viele weitere Verwaltungsakte anwendbar, wahrscheinlich auf alle Fälle von Beitragserhebungen, die vor 1998 ihren Ursprung haben. Das betrifft gut 80 % aller Brandenburger Beitragstatbestände.

Ohne eine zeitnahe Novellierung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Brandenburg besteht die Gefahr weiterer erfolgreicher Verfassungsbeschwerden, einhergehend mit Erstattungsansprüchen und Schadensersatzpflichten.

Zudem haben die Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg einen Anspruch auf rechtskonforme Zustände, auf verfassungskonforme Gesetze, auf Belastungsklarheit und Vertrauensschutz.

Eine weitere zeitliche Verzögerung und Interpretation der verfassungsrechtlichen Regelungen des Grundgesetzes ist nicht hinnehmbar.

Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe